

3 Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7547

(Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung am 09.10.2019 an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Verkehrsausschuss überwiesen. Anhörung am 18.11.2019.)

Klaus Vossemer (CDU) fasst zusammen, der Gesetzentwurf der Landesregierung, den die Kommunen von Anfang an begleitet hätten, deckele die Beiträge, mildere Härtefälle stark ab, unterstütze die Kommunen deutlich, schaffe Rechtssicherheit, mehr Gerechtigkeit und Transparenz, sodass vor Ort auch weiterhin zahle, wer den Nutzen habe, allerdings durch die Hilfe des Landes an die Kommunen in deutlich geringerer Höhe.

In diesem Zusammenhang erinnert er an den Antrag seiner Fraktion in der letzten Legislaturperiode zu wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen, den Rot-Grün damals rundweg abgelehnt habe.

Bodo Middeldorf (FDP) bezeichnete den Gesetzentwurf als wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Situation, denn man entlaste die Bürgerinnen und Bürger wesentlich und mache sich auf den Weg, Ungerechtigkeiten und Ungenauigkeiten zu beheben. Dass die SPD nun plötzlich ihr Herz für die Hausbesitzer entdecke, könne er sich nur schwer vorstellen. Es handele sich jedenfalls um deutlich mehr als in den letzten sieben Jahren unter der Vorgängerregierung.

Andreas Becker (SPD) erinnert an die deutlich ablehnende Anhörung zum seinerzeitigen Antrag der CDU-Fraktion. Auch die aktuelle Anhörung zum vorliegenden Gesetzentwurf weise ihn als nichts Halbes und nichts Ganzes aus; kämen die Entlastungen doch nur einem Bruchteil der Bürgerinnen und Bürger zugute, wofür man ein Bürokratiemonster erschaffe, wobei mehr als die Hälfte des Geldes für kommunalen Verwaltungsaufwand verloren gehe, sodass man die 65 Millionen Euro besser hätte in Straßenbaumaßnahmen investieren können.

Mit dem Antrag seiner Fraktion hingegen würde man die Verwaltungsausgaben komplett abschaffen und helfe damit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung.

Johannes Remmel (GRÜNE) schlägt vor, heute kein Votum abzugeben, weil das Ausschussprotokoll der Anhörung noch nicht vorliege. So stehe zu befürchten, dass der Verwaltungsaufwand deutlich höher liege als bisher angenommen, sodass die Mittel der Landesregierung durch die Verwaltungskosten aufgeessen würden. Zudem

bleibe die Grundfrage unbeantwortet, wie man kommunale Straßeninfrastruktur finanziere, also über den allgemeinen Haushalt, über Teile der Grundsteuer oder nach den Maßstäben des KAG. Andere kommunale Infrastrukturen wie zum Beispiel beim Abwasser seien hingegen gebührenfinanziert, sodass man anstelle von wiederkehrenden Beiträgen auch an eine Umlage denken könnte.

Klaus Vossemer (CDU) verweist auf die andere Verfahrensabsprache in der Obleuterunde, heute ein Votum abzugeben. Im Übrigen sei der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion bereits abgelehnt worden.

Nic Peter Vogel (AfD) hält den Planungs- und Verwaltungsaufwand für viel zu groß, sodass am Ende nicht mehr viel von den 65 Millionen Euro übrig bleibe. Gleichwohl könne er sich zahlreiche Einzelschicksale durch außerordentlich hohe Belastungen vorstellen. Auch er würde sich wünschen, zunächst das Protokoll der Anhörung abzuwarten.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.



Verkehrsausschuss

37. Sitzung (öffentlich)

20. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt, den bisherigen Tagesordnungspunkt 5 „Volksinitiative gemäß Artikel 67a der Landesverfassung, Volksinitiative Aufbruch Fahrrad“, als Tagesordnungspunkt 1 zu beraten.

1 Volksinitiative gemäß Artikel 67a der Landesverfassung „Volksinitiative Aufbruch Fahrrad“

6

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/7316

Ausschussprotokoll 17/762

Zuschrift 17/349

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Anliegen der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ zu folgen.

2 Zukunft des Flughafens Düsseldorf und Lärmschutz der Anwohner in Einklang bringen – Mobilitätsbedürfnisse der Bürger dauerhaft sichern – Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ermöglichen **10**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7363

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

3 Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes **12**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7547

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

4 Klimaschutz und Verkehrswende brauchen mehr als Sonntagsreden: Landesweites und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche für Nordrhein-Westfalen! **14**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6591

Ausschussprotokoll 17/778

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag auf seine Sitzung im Januar zu verschieben.

5 Änderung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung 15

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/7891

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2717

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt einstimmig sein Einvernehmen fest.

6 Verschiedenes 16

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag der Obleute für eine Europareise bei drei Enthaltungen der CDU-Fraktion ansonsten einstimmig zu.

* * *

